

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Weiss (München) und der Fraktion  
DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 11/7084 —**

**Vorgesehene Schließung des S-Bahnhofes Düsseldorf-Kalkum  
zum Beginn des Sommerfahrplans 1990**

Der Bahnhof Kalkum in Düsseldorf, der dort Aufgaben des regionalen Personenverkehrs übernommen hat, soll zum Fahrplanwechsel im Mai 1990 stillgelegt werden.

1. Aufgrund welcher Zahlenbasis will die Deutsche Bundesbahn den Bahnhof Kalkum stilllegen, und wie begründet sie dies gesamtverkehrlich?

Nach Auskunft der Deutschen Bundesbahn wurden bei einem Angebot von 80 S-Bahn-Zügen je Tag im Jahr 1989 durchschnittlich 86 Einsteiger und 78 Aussteiger pro Tag gezählt. Demgegenüber stehen 8 400 Durchreisende pro Tag, deren Reisezeit sich allein durch einen zusätzlichen Halt um rd. 2 Minuten verlängern würde. Ausschlaggebend für die Auffassung der gering belasteten Station Kalkum mit Beginn des Sommerfahrplans 1990 war außerdem die Tatsache, daß bei einer Beibehaltung der Station Kalkum die ab diesem Zeitpunkt wirksamen Verbesserungen des Angebots der S 1 nur mit erheblichen zusätzlichen Investitionen möglich gewesen wären.

2. Was will die Bundesregierung aufgrund der Tatsache unternehmen, daß der Rat der Stadt Düsseldorf am 15. Februar 1990 einstimmig beschlossen hat, den Bahnhof zu erhalten, und das Nahverkehrsangebot auszuweiten?

Die von der Deutschen Bundesbahn im Einvernehmen mit dem Land getroffene Entscheidung, die Station aufzulassen, könnte nur längerfristig durch einen zusätzlichen Aufwand an Infrastruktur und Folgekosten modifiziert werden.

3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich nicht nur der Rat der Stadt Düsseldorf, sondern auch die Bezirksvertretung 5, Bundes- und Landtagsabgeordnete und viele Bürger/innen für den Erhalt seit langem stark machen?

Ja, die Forderungen sind der Bundesregierung bekannt. Auf die Antwort zu Frage 2 wird jedoch verwiesen.

4. Welche Konzepte der Verbesserung des Schienennahverkehrsangebotes hat die Deutsche Bundesbahn für den Bahnhof Kalkum erarbeitet, und warum wurden diese nicht in die Tat umgesetzt?

Zur Aufrechterhaltung der Station Kalkum bestanden Überlegungen, den sechsgleisigen Ausbau der Strecke Düsseldorf – Duisburg bis Kalkum zu verlängern. Die Kosten hierfür – rd. 40 Mio. DM – konnten von der Deutschen Bundesbahn jedoch nicht gerechtfertigt werden.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bahnhof Kalkum ein Gebiet für den ÖPNV erschließt, das ansonsten durch die Autopolitik der letzten Jahrzehnte nur noch durch Autos erschlossen ist?

Für die Entscheidung, die Station aufzulassen, war die geringe Inanspruchnahme des bereits guten S-Bahn-Angebotes – trotz vorhandener P + R-Stellplätze und Buszubringer – ausschlaggebend.

6. Ist es ein Ziel der Politik der Bundesregierung, Reisende aus der Bahn in das Auto umzulenken, wie es durch eine Stilllegung des Bahnhofs Kalkum faktisch der Fall ist?

Nein. Die Bundesregierung unterstützt die Deutsche Bundesbahn beim Öffentlichen Personennahverkehr. Sie unterstützt im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes die Bemühungen der verantwortlichen Länder und Kommunen, durch die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs zu einer Entlastung der Städte durch den Individualverkehr beizutragen; dabei müssen jedoch gesamtwirtschaftliche Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

7. Welche Verkehrskonzepte der Deutschen Bundesbahn existieren insgesamt für die Schienenerschließung des Düsseldorfer Nordens, der durch die Messe, den Flughafen und starken Berufsverkehr nach Duisburg, Krefeld und Mülheim besonders belastet ist, und wie soll das dort derzeit entstehende Naherholungsgebiet durch die Schiene künftig erschlossen werden?

Die regionale Generalverkehrsplanung ist keine Aufgabe des Bundes bzw. der Deutschen Bundesbahn.

8. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um ein von der Stadt Düsseldorf in Auftrag gegebenes Konzept zur verstärkten Straßenentlastung durch den Schienenverkehr, auf Grundlage auch des Weiterbetriebs des Bahnhofs Kalkum, umzusetzen?

Die Umsetzung eines solchen Konzepts ist nicht Aufgabe des Bundes.

